

V0197/25

öffentlich



SPD Stadtratsfraktion, Unterer Graben 83-87, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Michael Kern

Datum 01.04.2025

Telefon (0841) 3 40 02

Telefax (0841) 9 31 23 57

E-Mail fraktion.spd@ingolstadt.de

Haushaltskonsolidierung -Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.04.2025-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung prüft die (temporäre) Vermarktung der Namensrechte städtischer Gebäude oder von Gebäuden städtischer Unternehmen. Hierfür ist ein Regelwerk zu entwickeln, welche Gebäude in Frage kommen und welche Voraussetzungen vonseiten der Unternehmen zu erfüllen sind.
2. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche Einsparung an (Büro-)Flächen durch den geplanten Stellenabbau erwartet wird und mit welchen Maßnahmen eine möglichst effiziente Nutzung der benötigten (Büro-)Flächen erreicht wird.
3. Die Stadt Ingolstadt prüft, ob eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der Region 10 (oder darüber hinaus) gemäß dem Vorbild der [Städteachse Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach](#) in Einzelfällen finanzielle Vorteile bringt.
4. Die Stadt Ingolstadt verhandelt zusammen mit den Partnern im Zweckverband der [VGI](#) mit dem Freistaat Bayern über den Beitritt des Freistaats in den Zweckverband der VGI analog des [MVV](#).
5. Die Stadt Ingolstadt passt Gebühren, Mieten o. ä. regelmäßig im Sinne einer transparenten und verlässlichen Gestaltung gemäß Veränderungen des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts an.
6. Die Stadt Ingolstadt prüft die Ausgabe von Bürgeranleihen, z. B. „Ingolstadt Bonds“, wodurch Bürgerinnen und Bürger ihre Verbundenheit zu freiwilligen Leistungen der Stadt im Investitionsbereich zum Ausdruck bringen können.

Begründung:

- zu 1. Das oberste Ziel der Stadt in der gegenwärtigen Haushaltslage muss sein, die Leistungen der Stadt so aufrechtzuerhalten, dass Ingolstadt lebenswert und ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Bei den Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung kam bisher der Aspekt, wie die Einnahmen verbessert werden können ohne dabei die Bürgerinnen und Bürger zu belasten, zu kurz. Die temporäre Vermarktung von Namensrechten städtischer Gebäude oder von Gebäuden städtischer Unternehmen ist ein solcher Ansatz. Grundlage dafür kann ein überschaubares Regelwerk sein, womit z. B. denkmalgeschützte Objekte und unerwünschte Namensgebungen ausgeschlossen werden können.

In der gegenwärtigen Situation gilt es kreative Ideen wie die befristete Vermarktung von Namensrechten an städtischen Gebäuden zu prüfen. Prädestiniert hierfür sind v. a. Gebäude mit hohem Werbepotenzial. Dadurch können nicht nur Mehreinnahmen generiert werden, Unternehmen kann auch die Möglichkeit gegeben werden, das Engagement für die Stadt sichtbar zu machen. Ähnliche Überlegungen verfolgte 2024 die Stadtverwaltung Hannover.

- zu 2. Ziel der Stadtverwaltung muss sein, (Büro-)Flächen möglichst effizient zu nutzen, wodurch sich auch durch den geplanten Stellenabbau neue Potenziale ergeben.
- zu 3. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten die Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach daran, durch verstärkte Zusammenarbeit Synergien zu erschließen und damit Kosten zu reduzieren. Die Zusammenarbeit erfolgt u. a. im Bereich der Statistik, des Personalmanagements und der Verkehrsüberwachung. Im Bereich der Verkehrsüberwachung ist es Kommunen [seit Frühjahr 2020 erlaubt, Geschwindigkeitsverstöße selbst zu verfolgen und zu ahnden](#). Nicht nur viele Bezirksausschüsse sind regelmäßig mit den Themen Geschwindigkeitsübertretung konfrontiert, mittlerweile betätigen sich viele Kommunen in Sachen Geschwindigkeitsüberwachung. Dabei werden z. T. sogar [Einnahmen erzielt](#). Alternativ besteht für Kommunen auch die Möglichkeit, einem [Zweckverband](#) beizutreten.
- zu 4. Am MVV sind neben den Städten München und Rosenheim zwölf Landkreise und der Freistaat Bayern beteiligt, was ihn von anderen Verkehrsverbänden wie dem VGI unterscheidet. Die Beteiligung des Freistaats am MVV stärkt den Verbund nicht nur politisch, der Freistaat beteiligt sich als Gesellschafter auch an Defiziten des Verbunds. Während es Bestrebungen gibt, den AVV in den MVV zu integrieren, was aus Expertensicht auch kritisch bewertet wird, sollte das Ziel sein, den Freistaat Bayern für den VGI zu gewinnen, zumindest was eine verstärkte Kooperation betrifft.
- zu 5. Gebührenanpassungen der Stadt Ingolstadt erfolgen zumeist nicht nach einer nachvollziehbaren Systematik und werden insbesondere in finanziell schwierigen Zeiten als Mittel angesehen, um Einnahmen zu steigern. Stattdessen sollte eine transparente und seriöse Anpassung in regelmäßigen Abständen automatisch gemäß Veränderungen des Verbraucherpreisindex erfolgen.
- zu 6. Im Zuge der Konsolidierung des Haushalts geraten naturgemäß freiwillige Leistungen in den Fokus. Bei freiwilligen Leistungen im Investitionsbereich könnten Bürgeranleihen ausgegeben werden, um die Stadt zu entlasten. Würden sich beispielsweise alle der ca. 30.000 Theater-Abonnenten mit einer Anleihe von 1.000 Euro an der Sanierung des Stadttheaters beteiligen und auf eine Verzinsung verzichten, könnte über ein zinsloses

Kreditvolumen über 30 Millionen Euro verfügt werden. Im Idealfall beteiligen sich daran nicht nur Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ingolstadt, sondern auch Personen, die nicht in der Stadt leben, aber die freiwilligen Leistungen der Stadt in Anspruch nehmen.

gez.
Christian De Lapuente
Fraktionsvorsitzender

gez.
Quirin Witty
Stadtrat